

Nachfolgend die Zusammenfassung der Statements der Autor:innen in alphabetischer Reihenfolge von der Veranstaltung am 13. März 2024: **Krisen und Kriege: Gefahr für Demokratie, Solidarität, Sozialstaat, Neutralität, Umwelt. Was ist zu tun?**

Alle Eingangstatements sind auch in einem Video auf dieser Homepage zu sehen.

Das Copyright der Texte liegt bei den Autor:innen!



Foto (© www.atomgegner.at / www.prosv.at)

Udo Bachmair

Ehemaliger Redakteur und Moderator des ORF, Präsident der Vereinigung für Medienkultur

Kriegsberichterstattung und Propaganda, **Neutralität und Streben nach Frieden**: einige der Aspekte, die das Spannungsfeld von Politik und Medien mehr denn je charakterisieren.

Kriegsrhetorik in Politik und Medien greift immer weiter um sich. Vor diesem Hintergrund mutiert Frieden zunehmend zu einem negativ geladenen Begriff. Er wird vorwiegend in Kombination mit Begriffen wie Diktatfrieden oder Friedensdiktat verwendet. In der veröffentlichten Meinung dominiert die ausschließliche Sinnhaftigkeit aller militärischen Lösungen. Das veranschaulichen die aktuellen Beispiele der Kriege in der Ukraine und Gaza besonders deutlich.

Grundsätzlich erscheint klar: **Kriegspropaganda betreiben immer beide Seiten eines Konflikts.**

Gleichgeschaltet wirkende westliche Medien und auch zahllose PolitikerInnen gehen davon aus, dass nur Russland Kriegspropaganda betreibt, nicht aber auch die Ukraine.

Daraus resultiert jener durch diverse Studien bereits mehrfach belegte Eindruck, dass in der Kriegsberichterstattung vieler unserer Medien, besonders aber der deutschen, **ukrainische Kriegsrhetorik** und Propaganda oft als faktenbasierte Inhalte präsentiert werden, gemischt mit einem sich weiter radikalierenden Wording. Friedensrhetorik hingegen wird als naiv abgetan, eine solche würde Aggressoren, wie Putin, nur weiter ermuntern.

Am Anfang des Ukraine-Krieges war noch die territoriale Integrität der Ukraine oder Hilfe vor Ort im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. Danach wurde medial zunehmend vermittelt, dass ein **Sieg der Ukraine unbedingt nötig** sei, die Existenz und der Fortbestand ganz Europas würden ansonsten auf dem Spiel stehen. Damit auch „unsere westlichen Werte“. Aber man fragt sich, ob denn die Ukraine diesbezüglich tatsächlich als Vorbild dienen könne, ein Staat, der hinsichtlich Korruption oder Pressefreiheit weltweit die hintersten Ränge belegt.

Ungeachtet dessen wird ein **Sieg gegen Putin von Politik und Medien gleichsam zur Pflicht erkoren**.

Damit entfällt folgerichtig jede Verpflichtung zu Bemühungen für Waffenstillstandsgespräche und eine baldige friedliche Lösung.

Eine Forderung, die kürzlich auch der **Papst** erhoben hat – und er musste sich vom traditionell antirussischen Standard-Journalisten Hans Rauscher umgehend als Unterstützer eines Aggressors rügen lassen u.a. mit der Äußerung:

„Der Heilige Vater weiß nicht, wovon er da redet“

In derselben Zeitung feuerte **Markus Reisner** von der Theresianischen Militärakademie die Rüstungskonzerne an mit den Worten:

„Die Rüstungsindustrie könnte durchaus mehr produzieren!“.

Speziell in Deutschland verdichtet sich der Eindruck, dass die meisten Medien, ausgerechnet auch die öffentlich-rechtlichen, die zur Objektivität auch der außenpolitischen Berichterstattung verpflichtet wären, die Politik vor sich hertreiben, **immer mehr und immer weiter aufzurüsten**.

Beispiel der **Druck auf Kanzler Olav Scholz**, unbedingt schwere Panzer an Kiew zu liefern, eine Forderung, der er nach einigem Zögern schließlich doch nachgekommen ist.

Oder jüngst: Noch zögert Scholz, die weit reichenden gegen Russland gerichteten **Taurus-Raketen** zu liefern. Er trotzt damit dem Druck der konservativen Opposition sowie vor allem auch dem Boulevard, wie der allmächtigen BILD-Zeitung.

Eine Frage der Zeit, bis Scholz wieder in die Knie geht..?

Schließlich kommt Druck auch aus seiner Ampelkoalition, aus der FDP, allen voran seitens der mittlerweile als hartnäckige Kriegstreiberin kritisierten Chefin des außenpolitischen Bundestagsausschusses, Strack -Zimmermann. Besonders auch seitens der Grünen, allen voran der im Selbstverständnis nach wie vor grünen Außenministerin Annalena **Bärbock**. Sie hat sich in den Augen von Beobachtern als kriegsbegeisterte militaristische Hardlinerin entpuppt. Sie scheint vergessen zu haben, dass die Grünen sich früher einmal als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung verstanden haben – eine Absurdität, ein Hohn sondergleichen, wenn man ihre aktuelle Haltung betrachtet.

Ganz zu schweigen von der EVP-Politikerin und EU-Kommissionspräsidentin **Von der Leyen**, die ebenfalls den Eindruck einer militaristischen Einpeitscherin erweckt, ohne auch nur einen einzigen Lösungsvorschlag präsentieren zu können.

Jedenfalls muss Frau Von der Leyen auch jene fahrlässige **Untätigkeit der Europäischen Union insgesamt** bezüglich Bemühungen um eine diplomatische Lösung und eine Beendigung des Blutvergießens angelastet werden. Im Sinne der Waffenlobby und im Interesse von NATO und USA fehlt offenbar jeglicher Wille, weiterer intensiver Aufrüstung abzuschwören und zumindest zu versuchen, mit Moskau diplomatisch oder persönlich in Kontakt zu treten. Optimismus über eine wohlwollende Gesprächsbereitschaft Putins hält sich zurzeit freilich in Grenzen.

Aber Versuche wären's doch wert !

Putin machts natürlich seinen Gegnern mit seiner völkerrechtswidrigen Aggression in der Ukraine leicht – und so läge es auch an ihm, erneut Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, auch wenn ihm der Westen noch so sehr die kalte Schulter zeigt.

Zuviel Porzellan wurde auch seitens des Westens und der gefährlichen Erweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands zerschlagen. Jede Bereitschaft und Fähigkeit scheint dafür zu fehlen, sich auch in den Kriegsgegner Russland hineindenken zu können. So wird die subjektiv gefühlte und aus Sicht Moskaus ernstzunehmende **Bedrohung durch die NATO-Erweiterung** ebenfalls als bloße Propaganda abgetan.

Einseitigkeit in Bezug auf die Beurteilung des Ukrainekrieges bzw. der Mangel an differenzierten und differenzierenden Betrachtungsweisen in Politik und Medien erscheinen besonders schmerzlich dann, wenn sie **in einem neutralen Staat** wie Österreich gang und gäbe sind.–

Leider muss sich da auch mein altes Unternehmen **ORF** manche Kritik gefallen lassen. So werden überwiegend Experten und Expertinnen in Ö1-Journale, ZIB 2-Sendungen oder Punkt.Eins.-Sendungen eingeladen, die undifferenziert proukrainisch und militaristisch argumentieren. So werden auch die zahlreichen Hintergründe, die mit zum Ausbruch des Krieges 2014 bzw. 2022 geführt haben, weitgehend ignoriert

Die meisten JournalistInnen-KollegInnen fühlen sich im **Strom des antirussischen Mainstreams** wahrscheinlich wohler, einzelne, die endlich Waffenstillstandsverhandlungen oder Friedensgespräche fordern, werden als Putinverstehler gebrandmarkt, die angeblich nur dem Kriegsherrn in Moskau in die Hände spielen wollen. Sie geben ihren **Widerstand gegen den Mainstream meist** bald auf.

Einer der vorbildlichen Ausnahmen unter den ORF-Redakteuren, Christian Wehrschütz, wird sich auch nicht mehr lange halten können, denn leider wird nicht nur in Kiew, sondern auch hierzulande gegen ihn Stimmung gemacht und ihm dadurch der Weg in die Pension erleichtert.

Es ist ja nicht so, dass pauschal alle JournalistInnen sich nicht zumindest bemühen würden, auch in heiklen außenpolitischen Fragen einigermaßen objektiv und seriös zu berichten. Vielen ist einfach nicht bewusst, dass sie sich für eine Seite (pro Ukraine, pro Israel) vor den Karren spannen lassen. Unter der Devise: Die Einen sind gut, die Anderen nur böse.

Davon lebt freilich der Boulevard, leider aber auch sogenannte seriöse Medien wie der ORF oder der Standard etc.

So ist und bleibt das bereits lange aufgebaute Feindbild Russland unverrückbar. –

Ein **Grundproblem** besteht u.a. darin, dass die außenpolitischen Ressorts, auch die im ORF, personell ausgedünnt worden sind, sodass oft weder Zeit noch Energien mehr bestehen für die Verwendung auch ausreichend alternativer Quellen. So bekommen MedienkonsumentInnen zu einem großen Teil serviert, was die beiden großen westlichen Agenturen mit ihrem speziellen Wording und ihrer US-orientierten Sicht der Welt vermitteln und vorbeten.

Die andere Seite der Propaganda, die der russische TV-Kanal „Russia today“ betreibt, ist der westlichen Zensur zum Opfer gefallen und nicht mehr empfangbar. Demokratiepoltisch und im Sinne der Meinungsvielfalt problematisch. Dabei wäre es doch interessant und aufgeklärten MediennutzerInnen zumutbar, auch die andere Seite zu hören, auch wenn Propagandainhalte überwiegen.

Umso lauter polemisieren manche PolitikerInnen und heimische Medien gegen die Nützlichkeit der Neutralität Österreichs. In Kommentaren etwa der Zeitungen Standard oder Kurier wird mehr oder weniger unverhohlen Stimmung aufbereitet für einen **Beitritt Österreichs zur NATO**.

Dabei hätte Österreich hätte **als neutrales Land** große Chancen, Vertreter der Kriegsparteien an einen Tisch zu holen. Wien als UNO-Standort, Wien als Austragungsort internationaler Konferenzen, wäre prädestiniert dafür.

Nur: **Österreichs Neutralität** hat Schaden gelitten durch eine österreichische Außenpolitik, die den Namen nicht verdient, die sich bei globalen Konflikten jeweils relativ einseitig positioniert.

Nicht nur in der Ukrainefrage – etwa wenn das Parlament Selensky zu einer seiner Propagandareden einlädt – oder wenn auf dem Gebäude des Bundeskanzleramts ausschließlich **die israelische Fahne** gehisst und nicht auch Empathie für das Leid der palästinensischen Bevölkerung symbolisiert wird –

All das ist freilich nicht ein formaler Verstoß gegen die immerwährende bewaffnete Neutralität, jedoch **gegen den Geist** der Neutralität gerichtet.

Sollte eine weitere Aushöhlung der Neutralität erfolgen oder gar ein NATO-Beitritt Österreichs Realität werden, wäre eine mediative und friedensstiftende Rolle Österreichs wie zu Zeiten Bruno Kreiskys jedenfalls endgültig verspielt.

Werden wir nicht müde, da klar dagegenzuhalten !

(Der Beitrag entspricht einer leicht gekürzten Textgrundlage für ein Referat, das Udo Bachmair bei einer Veranstaltung der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ am 13.3.2024 im Amerlinghaus in Wien gehalten hat)

*

Dalia Sarig-Fellner

Initiatve „Nicht in unserem Namen Wien“

Zu meinem Hintergrund: Ich bin **Jüdin**, in Wien geboren und mit 18 – 1987 - nach Israel migriert. Ich war damals fest davon überzeugt, dass Israel ein demokratischer jüdischer Staat ist, habe mich für Frieden eingesetzt – war immer für die Rückgabe der Besetzten Gebiete und für eine zwei Staaten-Lösung – klassische „linke“ Positionen.

Im Rahmen meines Studiums – Politikwissenschaften und Geschichte des mittleren Ostens – hab ich arabisch gelernt. Eines abends hat mir mein Arabisch Lehrer – ein israelischer Palästinenser - seine Geschichte und die Geschichte der Vertreibung seiner Familie erzählt. Ich habe sofort verstanden, dass ein jüdischer Staat niemals demokratisch sein kann, denn ein jüdischer Staat ist nur so lange jüdisch solange es eine jüdische Mehrheit gibt und die gilt es sicher zu stellen. Daraus ergibt sich: Unterdrückung, Diskriminierung, Vertreibung, Apartheid, ethnische Säuberung all jener Menschen die nicht jüdisch sind.

Ich habe mich dann konsequent mit dem Thema auseinander gesetzt und letztendlich bei einer palästinensischen NGO in Israel gearbeitet. Dabei habe ich meine jüdische israelische Community und Familie verloren.

2000 bin ich nach Österreich zurück. Zu Beginn dachte ich, ich kann hier in Österreich etwas tun um die öffentliche Wahrnehmung zu verändern, dieser Aufgabe war ich dann nicht gewachsen.

Im Dezember letzten Jahres haben einige jüdische Freunde und ich die Initiative „Not in Our Name Vienna“ gegründet. Wir wollten nicht mehr tatenlos zusehen, wie in Gaza Kriegsverbrechen begangen werden und ZivilistInnen ermordet werden. Inspiriert haben uns die Aktionen von Jewish Voice for Peace. Wir wollten aber keine exklusive jüdische Initiative sein sondern eine inklusive und daher haben wir Menschen aus unterschiedlichen Communities eingeladen mitzumachen.

Was uns motiviert hat ist das Versprechen, dass wir uns gegeben haben – wir alle sind Nachkommen von Holocaustüberlebenden – nicht tatenlos zuzusehen, wie in Gaza ein Genozid durchgeführt wird. Wir alle haben nie verstanden, wie es sein konnte, dass so viele Menschen während des Holocaust zugestimmt oder weggeschaut hatten. Daraus haben wir gelernt und daraus ergibt sich für uns: nie wieder bedeutet nie wieder für niemanden, nirgendwo und niemals.

Im Jänner haben wir den Frestakt im Parlament zum Thema „Menschenrechte“ gestört. Wir wollten auf den Krieg in Gaza aufmerksam machen und darauf, dass unsere Regierung – sich durch ihr Abstimmungsverhalten in der UN mitschuldig gemacht hat. Österreich gehörte zu den wenigen Ländern, die gegen einen sofortigen Waffenstillstand gestimmt hat – 153 dafür, 10 dagegen, 23 Enthaltungen.

Ich bin also keine Wissenschaftlerin, sondern Aktivistin.

Krisen und Kriege – Gefahr für die österreichische Demokratie –

- **Medien:** was wir im Zusammenhang mit diesem „Krieg“ sehr stark spüren ist die einseitige Wahrnehmung und Berichterstattung – besonders in Österreich und in Deutschland. JedeR, der/die sich auf die Seite der PalästinenserInnen stellt, läuft Gefahr, als Antisemit diskreditiert zu werden. Auch deshalb wollten wir unsere jüdische Stimmen erheben um andere vor diesem Vorwand und der Diskreditierung zu schützen. Das ist in Österreich noch möglich. In Deutschland sind rund ein Drittel der Menschen die auf Demos verhaftet werden weil sie sich Israel gegenüber kritisch äußern – Juden. Sie werden unter der Anschuldigung festgenommen antisemitisch zu sein. Absurd!

Der Grund, warum auch wir uns aktivistisch betätigen ist, weil wir sonst gar nicht gehört werden. Aktivismus hilft uns zumindest kurz Aufmerksamkeit zu erregen.

- **Rassismus seitens der Politik:** Schon vor dem 7.10. wurden PalästinenserInnen und muslimische oder arabische Communities unter Terror-Generalverdacht gestellt. Operation Luxor war nur die Letzte in einer Reihe von haltlosen Anschuldigungen. Brutale Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt und später als rechtwidrig befunden. All das hat sich seit dem 7.10. drastisch verschlechtert. Ich erinnere an das Null-Tolleranz-Papier der niederösterreichischen Landeshauptfrau Mikl-Leitner, das im November in jeden niederösterreichischen Haushalt geschickt wurde, in der sie MigrantInnen aus arabischen, muslimischen Communities verpflichten möchte, das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen – das bedeutet den jüdischen Staat – der die PalästinenserInnen seit über 70 Jahren unterdrückt – und von dem auch ich mir wünsche er würde demokratisch werden. Sie müssen eine Erinnerungsstätte besuchen und eine Werteerziehung durchmachen. Wohingegen sie mit Udo Landbauer regiert. In ihrem Null-Toleranzpapier weißt sie darauf hin, dass dies auf Grund des 7.10. notwendig sei. Also die Kriminalisierung der gesamten Community. Das nennt man Rassismus.

Krisen und Kriege – Gefahr für die Solidarität –

- **Antifa – einmal anders:** hier gibt es einen Teil der Linken – sie kommen aus der Tradition der Anti-Deutschen – die „linke“ Positionen vertreten, aber wenn es um Israel geht, ihre Verantwortung für die Schoa gegenüber den Juden, in die Diskussion bringen und daher komplett abblocken wenn es darum geht, den Staat Israel für seine Taten zu kritisieren.
- **Angst davor als Antisemit zu gelten** – das wirkt sich auf die Solidaritätsbewegung für Palästina aus. Wir sehen, dass in Österreich hauptsächlich PalästinenserInnen auf die Straße gehen. Es gibt keine große Protestbewegung unter den ÖsterreicherInnen – wenn wir hingegen Paris/London oder USA beobachten, sind es Riesendemos gegen die israelische Regierung und in Solidarität mit dem Palästinensischen Volk.

Was ist zu tun? Alon Mizrahi

- Ein großer Dienst, den dieser Völkermord uns als Weltbürgern erwiesen hat, besteht darin, dass er uns vor Augen geführt hat, wie verrückt, zynisch und unbarmherzig die Mächtigen sind, die das Sagen haben. Wenn wir es besser machen wollen, wenn wir über eine Zukunft nachdenken, reicht es also nicht aus, den Zionismus oder den Westen zu verurteilen.
- Was wir brauchen, sind keine Kriegsroboter und Mars-Phantasien. Was wir brauchen, ist Transparenz und eine Gesellschaft, in der die Macht immer kritisch hinterfragt wird, in der Dissens selbstverständlich ist und in der den Menschen die Wahrheit gesagt wird, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können.
- Seien wir also Revolutionär. Seien wir extrem in unserem Misstrauen gegenüber der Macht und den Institutionen. Ich schwöre Ihnen, dass die Zukunft der Menschheit davon abhängt. - Wir sind unser ganzes Leben lang methodisch belogen worden. Wir müssen den böswilligen Akteuren die Macht nehmen, uns zu belügen und uns zu bedrohen.

✱

Heinz Gärtner

Politikwissenschaftler, Universität Wien

Prof. Gärtner beleuchtete in seinem Statement die Entwicklung, Bedeutung und Wichtigkeit der Neutralität in Zeiten von Krieg und Frieden, insbesondere auch im Hinblick auf Österreich. Seine komplette Stellungnahme findet sich auf dem Video der Eingangsstatements, das wir, sobald verfügbar, auf unserer Homepage veröffentlichen werden. Bis zum Vorliegen des Videostatements verweisen wir auf die Website von Prof. Gärtner, auf der sich höchst wertvolle und interessante Beiträge nicht nur zur Neutralität zu finden sind:

<https://homepage.univie.ac.at/heinz.gaertner/?paged=2>

✱

Michael Kösten

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg – www.atomgegner.at

Bis zum Vorliegen des Videostatements siehe:

[GAZA Voelkermord Soli 1-24 HP.pdf \(prosv.at\)](#)

Neutralität statt Kriegsteilnahme: [Risikobild-2024 1-24 HP.pdf \(prosv.at\)](#)

[UKRAINE-Krieg Kein-Friedenswille Soli 1-24.pdf \(prosv.at\)](#)

✱

Ekaterina Schalmann

Politikwissenschaftlerin, System Change Not Climate Change

Mit der zunehmenden Eskalation globaler Konflikte und deren potenzieller Auswirkungen auf bereits bestehende Krisen drängt sich die Frage auf, was die Zivilgesellschaft und mit ihr die Friedensbewegung tun kann, um das Kriegspotential einzudämmen und eine kraftvolle, glaubwürdige Bewegung für den Antimilitarismus aufzubauen.

Krieg ist das aggressivste Mittel kapitalistischer Expansionspolitik zur Sicherung knapper Ressourcen im ständigen Streben nach Wirtschaftswachstum.

Krieg ist auch das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit profitabelste Geschäft der Welt. Krieg und Krise sind im Kapitalismus immanent.

Um dem Krieg etwas entgegenzusetzen, müssen wir also auch den Kapitalismus mit allen Mitteln bekämpfen. Anstatt Konzernen dabei zuzusehen, wie sie mit Kriegsgeschäften und Teuerungen Milliarden verdienen, sollten wir das Gegenmodell zum Kapitalismus, die sozial-ökologische Transformation gemeinsam vorantreiben und eine Wirtschaft aufbauen, die die natürlichen Grenzen des Planeten respektiert und menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

Im Schulterschluss mit der Klimagerechtigkeits- und Demokratiebewegung kann die Friedensbewegung den Grundstein für neue gesellschaftliche Strukturen legen, sich für Demokratisierung der Grundversorgung von Wohnen bis Energie und Lebensmittelversorgung einsetzen und sich gegen die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und autoritären Regimen stark machen.

Die wirksamste Antwort auf Krieg heißt sozial-ökologische Transformation!



Monika Maria Steiner

IG-Flex/GPA, Plattform der atypisch, prekär und (unfreiwillig) selbständig Tätige

Ich beleuchte die Sicht der Menschen, die normalerweise keine Stimme haben: Jetzt wird immer mehr von der Notwendigkeit von **Aufrüstung und "Verteidigung"** von der **"Kriegstauglichkeit"** für "unsere" **Sicherheit** geredet. Das soll von den Waffenprofiteuren und den Kriegsplänen in vielen Teilen der Welt und den Milliarden-Kosten für Krieg und Waffen ablenken, **Angst** machen. Und es soll davon ablenken, dass das Geld, das für Krieg und Waffen im Namen von **"Hilfe"** ausgegeben wird, dann für Menschen in Armut, mit wenig Einkommen, für Arbeitslose, prekär Beschäftigte (das sind z.B. Leiharbeitskräfte bzw. Transitarbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Arbeiten auf Abruf, Saisonal Beschäftigte, Plattform- bzw. Clickworker) bei **Gesundheit, Bildung, Pensionen** fehlt. Milliarden und Milliarden werden für Aufrüstung, neue Waffenfabriken und fürs Krieg führen im Namen von "Hilfe" lockergemacht. Auch Österreich zahlt beim Krieg machen direkt oder indirekt mit, obwohl das dem Sinn der Neutralität widerspricht. Die einen verdienen daran, die anderen, die Armen und Ärmsten, werden geopfert ... zum Beispiel:

Die über 20 000 österreichischen Obdachlosen. 20 000 sind nur die offiziell registrierten, die Dunkelziffer ist weit höher. Sie sieht man nicht. Sie schämen sich. Die verdeckt Obdachlosen (viele Frauen) flüchten vor prekären Lebenssituationen zu Bekannten und Angehörigen. Sie sind dann **"nur"** wohnungslos.

Im Lock down hat es geheißen: "Bleiben Sie zuhause". Dieser Satz muss ein Schlag ins Gesicht jener gewesen sein. Dieser Satz verdeutlicht aber: **das Elend vor der Tür ÜBERSieht man.**

"Selbst schuld" hört man oft. Doch **Armut fängt bei Ausbeutung** an. Menschen auf Arbeitssuche fallen oft auf skrupellose Unternehmer*innen rein, die ihre Beschäftigten **nicht oder nicht richtig** bei der Sozialversicherung anmelden, **sie zwischendurch einfach ohne Wissen der Beschäftigten abmelden.**

Diese Zeit **fehlt dann bei der Pensionsberechnung**. Altersarmut vorprogrammiert. "Sollen sie doch länger arbeiten!" hört man oft. Die Wahrheit: Frauen über 40 sind am Arbeitsmarkt nicht wirklich erwünscht.

Solange Männer in der Chefetage sind, wollen sie natürlich etwas Ansehnliches für die Zusammenarbeit. Hat sich jemand im ehemaligen Betrieb beworben, war die erste Frage meines Ex-Chefs: Wie hat sie ausgesehen? Mit der Hand hat er eine Rundung auf seiner Brust angedeutet.

In ländlichen Gebieten wird oft nur Teilzeit von Unternehmen angeboten. Oftmals ist es anders nicht möglich. Am Land haben sie nicht alle paar Minuten eine U-Bahn, der letzte Bus fährt um 18 Uhr, Nebenstraßen werden im Winter nicht geräumt, Kindergärten sind nicht um die Ecke usw.

Frauen bekommen weniger bezahlt, sollen Familie und Beruf unter einen Hut bringen und nicht jammern. Noch immer ist ein **BUB** der Stolz der Familie und natürlich später meist der Alleinerbe eines Hofes.

Zum anderen fördern die Öffnungszeiten von Großkaufhäusern und Diskontern auch in der Stadt den Trend zu Teilzeitkräften, da für **eine** Vollzeitkraft zu viele Überstunden anfallen würden.

Leistungsfähige Wohnungen sind Mangelware. Ich kenne Frauen und Männer die ohne Licht, ohne Warmwasser hausen, weil sie die Stromrechnung nicht bezahlen konnten.

Dazu kommt, dass viele, vor allem Ältere, mit der **Online-Beantragung** für Hilfen schlichtweg überfordert sind und ohne Strom ja auch kein Computer, falls man den noch hat, funktioniert.

Es ist edel, Menschen in Kriegsgebieten zu unterstützen - oder doch nicht? Vielleicht erhofft man sich **später** Rohstoffe, Land etc. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Ukraine jemals Schulden zurückzahlen kann.

Wenn man österreichische Wohn- und Obdachlose unterstützt, denen kann man später nichts mehr nehmen, da hat man schon vorgesorgt. Mit geringem Lohn, Versicherungsbetrug an Beschäftigten etc. Nicht hinhören, wegschauen - geht mich nichts an!

Die, die man übersieht, haben auch keine Stimme - ohne Wohnsitz keine Wahlberechtigung!

Das, was die Kriegswaffen gekostet haben, hätte gereicht, um in Österreich keinen einzigen Obdachlosen zu haben. Hätte gereicht, um Alleinerzieher*innen das Auskommen mit dem Einkommen zu sichern. 18 Milliarden Euro für Aufrüstung bis 2032 sind gleich verpufft, für die Bevölkerung fehlen **leistungsfähige Wohnungen** und Wohngemeinschaften wie etwa **Generationen-Wohnen**, die man fördern kann, statt spekulativen Leerstand zu tolerieren. Und nicht nach Pflegekräften zu schreien, sondern das **Gesundheitsbewusstsein belohnen** statt ständiger Aktion-Alkoholwerbung in Flugblättern. **Gesunde Menschen brauchen weniger Pflege.**

Konzentrieren wir uns doch darauf, Ungerechtigkeiten wie Landgrabbing - Landraub, Umweltverschmutzung zu vermeiden, eine lebenswerte Zukunft zu kreieren, kriegsgerische Konfliktparteien an den **Verhandlungstisch** zu bringen, statt sich am Töten zu beteiligen und jene vor unserer **Haustüre** zu unterstützen. Unterstützen können Sie übrigens auch mit Ihrer Stimme bei der AK-Wahl im April.

Danke